

7. Dezember 2016

Postulat

von Andreas Egli (FDP)  
und Marcel Müller (FDP)  
und 18 Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Schwergewicht der Polizeieinsätze verlagert werden kann, um religiöse und kulturelle Gemeinschaften, die von gewalttätigen Angriffen betroffen oder durch solche bedroht sind, schützen zu können.

Begründung:

Die Polizei führt immer wieder Personenkontrollen bei Personen durch, die aufgrund von Wiederhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz dem Stadtrichteramt zugeführt werden. Dies, obwohl kleine Mengen an Betäubungsmitteln zum Eigenkonsum oder zur Vorbereitung zum Konsum nicht strafbar sind. Diese Kontrollen binden unnötig Polizeikräfte, die im Sinn des Postulats effektiver eingesetzt werden können.

Antrag auf Behandlung mit dem Voranschlag 2017 (2016/305, Antrag 74).

Handwritten signatures and initials:

- AGZ
- Müller
- M. Bus
- St. Müller
- A. J.
- Prof. Hodner
- U. H. ix
- M. B. B. B.
- P. B. B.
- W. Schöck
- im Egli
- u. Schmid
- St.